

## **Besser regieren heißt auch anders regieren**

In Berlin hat sich in den vergangenen Jahren eine selbstbewusste und heterogene Stadtgesellschaft entwickelt, die ihre Interessen immer mehr jenseits von Parteien und Parlamenten artikuliert. Anstatt jedoch den Umstand zu beklagen, muss sich eine künftige Regierung - will sie als fortschrittlich gelten - überlegen, wie sie dieser Entwicklung besser gerecht werden kann. Dazu lässt sich jetzt schon zuverlässig sagen, dass nach dem 18. September keine Partei im Land Berlin alleine regieren wird. Weil aber die Neuauflage einer Großen Koalition nicht mehr gewollt sein dürfte, und andere Konstellationen zu zweit rechnerisch kaum möglich sind, wächst die Wahrscheinlichkeit, dass es nach der Wahl Verhandlungen über ein Dreierbündnis aus SPD, Grünen und Linken gibt. Damit steht nicht nur die Frage im Raum, ob „R2G“ gut für die Stadt wäre, sondern auch die, wie es funktionieren kann.

Koalitionsregierungen sind grundsätzlich eine komplizierte Angelegenheit. Es gibt weniger Handlungsspielräume und dafür mehr Handlungszwänge, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse sind immer wieder neu auszuloten, organisierte Interessen wirken genauso auf sie ein wie auch Ideologie. Es gilt zweifellos nach wie vor der Tucholsky zugeschriebene Satz: „Sie dachten sie wären an der Macht, dabei waren sie nur an der Regierung“. Und je nach Partei, sozialer Stellung und kultureller Prägung ihrer Akteure existieren oft unterschiedliche Vorstellungen davon, wie ein ideales Gemeinwesen beschaffen sein sollte.

Weil aber jede der beteiligten Parteien erst einmal davon ausgeht, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger das Beste zu wollen und anzubieten, sind Streitigkeiten vorprogrammiert. Demokratisch ausgefochten stehen an deren Ende in der Regel Kompromisse. Hier hat sich in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur in Berlin, sondern in der Bundesrepublik insgesamt der Eindruck verfestigt, dass es in Zweierbündnissen leichter sei, solche zu finden und dass das Regieren verlässlicher wäre.

Dabei bilden diese Regierungskonstellationen zunehmend weniger ab, dass die Gesellschaft pluralistischer wird, ihre Meinungsbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse stetig differenzierter werden. Anstatt ernsthaft über drei oder sogar mehr Partnerinnen und Partner in einer Koalition nachzudenken, wurden die Große Koalitionen von der Ausnahme zur Regel. Berlin hat dies in den vergangenen Jahren in den politischen Stillstand geführt.

Sich vorzustellen, dass auch etwas anderes funktionieren könnte als eine klassische Zweierkoalition, fällt nicht leicht. Es ist in unserem politischen System strukturell kaum vermeidbar, dass Parteienstreit das Regierungshandeln dominiert. Die politische Sachfrage

wird allzu oft zu einer Frage von Sieg und Niederlage der Parteien, Fraktionen oder gar einzelner Regierungsmitglieder. Schnell steht die berüchtigte Koch-und-Kellner-Frage im Raum. Und diese ist für die mediale Berichterstattung leider meistens attraktiver als die oft komplizierte „trockene“ Sachfrage. Gleichzeitig wird immer öfter eine um sich greifende Politikverdrossenheit konstatiert. „Die Politik“ befasse sich ja nur mit sich selbst, kümmere sich aber nicht mehr um die Probleme in der Stadt.

Die politischen Akteure müssen sich fragen, ob nicht ein selbstkritischer Blick auf diesen politik- und lösungshemmenden Mechanismus nötig wäre.

## **Auf Augenhöhe**

Nach zehn Jahren rot-roter Landesregierung war Klaus Wowereit als SPD-Politiker nicht wenig stolz darauf, den Koalitionspartner und Konkurrenten DIE LINKE klein gehalten zu haben. Zugleich ging ihm mit diesem „Erfolg“ ein möglicher Koalitionspartner verloren. In der Folge wollten Die Grünen 2011 gleich zu Beginn der Koalitionsverhandlungen die Machtprobe stellen, beförderten sich damit jedoch umgehend selbst ins Abseits. Die CDU unterwarf sich dann den Wünschen der SPD, das Koch-und Kellner-Prinzip wurde Alltag in der rot-schwarzen Regierung. Innerhalb nur einer halben Legislaturperiode war das Koalitionsklima der rot-schwarzen Koalition derart zerrüttet, dass kein einziges politisches Problem mehr seriös gelöst werden konnte.

Wer Berlin besser regieren will, muss es auch anders regieren.

Die Möglichkeit und Fähigkeit dafür hängt sowohl von der Größe des gemeinsamen strategischen Haushalts zwischen Koalitionspartnern ab, als auch vom persönlichen Umgang und Verhältnis der Regierungsmitglieder, der Koalitionsfraktionen und -parteien sowie mit deren Kommunikationsfähigkeit nach innen und außen.

Ziel sollte sein, eine politische Kultur zu etablieren, bei der die Frage, wer die meisten Prozente in das Bündnis einbringt, nicht die Entscheidende ist. Vielmehr sollten zum einen inhaltliche Fragen und die gemeinsame Suche nach Antworten im Zentrum der Verhandlungen stehen. Zum anderen sollten die gefundenen Lösungen auch gemeinsam vertreten werden. Und schließlich müsste die erfolgreiche Umsetzung von Referenzprojekten jedes einzelnen Koalitionspartners als Stärke gemeinsamen Regierungshandelns verstanden werden.

Dass es Situationen gibt, wo zwei der drei Partner inhaltlich näher beieinander sind als der dritte, ist dabei nicht ungewöhnlich. Doch wenn es um Abstimmungen im Parlament geht, kommt es weniger auf Mehrheiten in der Koalition an als auf die gemeinsame Haltung aller drei Regierungsfractionen.

Weil die Stadt nicht den Regierenden gehört, sondern die Regierung für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger da ist, verlangt Regierungshandeln Transparenz. An der hat es in den vergangenen Jahren gemangelt. Nicht nur die politischen Entscheidungen müssen öffentlich kommuniziert, auch der Weg zu diesen Entscheidungen muss erklärt und beschrieben werden. Nur so können Parteienmauschelei, Günstlingswirtschaft oder gar Korruption vermieden werden.

Dabei wird es sicher Themen geben, bei denen es nicht möglich ist, schnell zu einem gemeinsamen Standpunkt zu kommen, den alle vertreten können. In solchen Fällen ist die Fähigkeit wichtig, statt einer schlechten Lösung das Wort zu reden, damit leben zu können, dass es vorläufig keine Lösung gibt. Dazu gehört auch, dass sich die Koalitionspartner im Vorfeld gemeinsam darüber verständigen sollten, was die jeweiligen Parteien überfordern könnte. Dies ist zu respektieren anstatt es für Erpressungsversuche zu missbrauchen.

Es geht um Politikstil, Politikalltag und die Frage, wie gerade linke Parteien der manchmal fast anonymen Macht der Apparate erfolgreich widerstehen können. Kurz: Wie man lernt mit dem Satz von Karl Marx, wonach die Institutionen mächtiger seien als die Menschen, so umzugehen, dass Regierungsmitglieder und Regierungsabgeordnete nicht einfach von den üblichen Verfahren und Sachzwängen absorbiert und assimiliert werden. Dass sie in die Lage versetzt werden, mehr gestalten und verändern zu können als selbst verändert und angepasst zu werden.

## **Anderer Stil, neue Kultur**

Eine gemeinsame Reformregierung muss nicht nur eine gemeinsame Idee formulieren, wohin sich Stadt und Gesellschaft entwickeln sollen. Ein funktionierendes Dreierbündnis verlangt das Regieren dreier Koalitionspartner auf Augenhöhe, bei dem eine Zwei-gegen-Einen-Haltung nicht zum Prinzip jeder politischen Entscheidung und von Regierungshandeln wird. Dazu zählt auch, sich der gängigen Koalitionsinstrumente anders zu bedienen, als es Zweierkonstellationen bislang im Wesentlichen praktiziert haben.

Das beginnt bei den Koalitionsverhandlungen, in denen idealerweise strategische Gemeinsamkeiten und Wege zu deren Durchsetzung zwischen den regierungsbildenden Parteien vertraglich festgeschrieben werden. Der **Koalitionsvertrag** wird auch in einem Dreierbündnis der manifestierte Kompromiss sein, der die Grundlage für die Arbeit der Regierung bilden sollte. Was nicht im Vertrag geregelt ist, eröffnet oft Raum für machttaktische Spielchen. Wir finden dennoch, dass nicht jedes Detail dort bereits festgezurrt sein muss, denn ein Koalitionsvertrag ist nicht das allein bestimmende Instrument einer Koalitionsregierung.

Eine noch wichtigere Rolle sollte zum Beispiel dem **Koalitionsausschuss** zukommen, der als thematischer – nicht machtpolitischer – Verständigungsrahmen fungieren würde und deshalb als regelmäßig tagendes Gremium etabliert werden sollte. Jeder Koalitionspartner

hat darüber hinaus die Möglichkeit, Bedarf anzumelden, wenn Themen diskutiert werden müssen.

Die Umschlagsgeschwindigkeit politischer Themen und Vorgänge ist groß und führt dazu, dass ehrenamtliche Strukturen wie Parteitage und Parteivorstände immer nur einen kleinen Teil dessen, was die Landesregierung macht, vorab oder begleitend diskutieren können. Wir stehen stärker als bisher in der Pflicht, den verschiedenen Strukturen einen Vorlauf für Diskussionen und Meinungsbildung zu ermöglichen. Deshalb ist es notwendig, in der Regierung **Jahres- oder Halbjahresplanungen** zu erstellen.

Unterschiedliche Positionen der Koalitionspartner gilt es auch bei der Koordinierung des Verhaltens im **Bundesrat** zu bedenken: Während in den dortigen Ausschüssen regelmäßig das betroffene Ressorts die politische Linie (Abstimmungsverhalten, eigene Anträge) bestimmt, muss im Plenum des Bundesrats jedes Bundesland bekanntlich einheitlich abstimmen. Das Verfahren, in dem die Votes für diese Plenumsabstimmungen festgelegt werden, sollte eine frühzeitige fachliche und politische Koordination festschreiben. Es ist nicht sinnvoll, dass die Senatskanzlei als federführende Stelle die Votes vorgibt und die Koalitionspartner dann mühsam bei strittigen Fragen intervenieren müssen. Dies führt nicht nur zu unnötigem politischen und individuellem Stress, es verhindert in der Regel auch – aufgrund der oftmals knappen Fristen – ein konstruktives Umgehen mit differierenden Sichtweisen.

Die stärksten Proteste und Forderungen werden auch in der kommenden Legislaturperiode vermutlich aus den Themenbereichen kommen, die auf Senatsseite von der **Stadtentwicklungsverwaltung** repräsentiert werden. Um es vorsichtig zu sagen, herrscht in dieser Mammutbehörde in punkto Bürgerbeteiligung und Bürgerwillen noch jenes Denken vor, wonach Senat und Investoren schon wüssten, was gut für die Menschen in unserer Stadt ist.

Wer möchte, dass ein Dreierbündnis gelingt, sollte ernsthaft prüfen, ob zum Beispiel die verschiedenen Bereiche künftig in unterschiedlichen Senatsverwaltungen und in unterschiedlicher Parteizuständigkeit geführt werden könnten, um alte, festgefahrene Strukturen aufzubrechen und dadurch mehr Transparenz und Partizipation in stadtentwicklungspolitischen Fragen möglich wird.

Last but not least brauchen wir **neue öffentliche Formate** für die bevorstehenden und notwendigen Debatten – nicht nur für die innerparteilichen, sondern auch für die Diskussionen mit den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren der Gesellschaft.

Auch hier kann eine Dreierkonstellation weitaus mehr Möglichkeiten des Dialogs bieten, weil sie ein viel breiteres Spektrum der Bürgerinnen- und Bürgergesellschaft abbildet, als es alle vorangegangenen Regierungen getan haben. Eine neue Koalition, bestehend aus drei Parteien, die unterschiedliche Ansprüche an, Erfahrungen mit und Vorstellungen von

Beteiligung hat, kann sich für neue Formen und Formate öffnen, wenn sie diese verschiedenen Erfahrungen als einen gemeinsamen Wert begreift und nutzt.

Gleichwohl sollte ein Mehr an Bürgerbeteiligung zu keiner Zeit suggerieren, dass alle Wünsche von Betroffenen automatisch in Erfüllung gehen. Dies ist nicht anderswo, aber schon gar nicht in einer Stadt wie Berlin möglich, in der die verschiedenen Interessen unterschiedlichster Gruppen mitunter weit auseinanderliegen.

## **Produktive Konkurrenz**

Auch mit R2G wird es selbstverständlich Ziel einer jeden Partei bleiben, für sich möglichst große Zustimmung bei der Bevölkerung zu erreichen und bei Wahlen gut abzuschneiden. Trotzdem sollte ein Mitte-Links-Bündnis von der gemeinsamen Erkenntnis getragen sein, dass jede Partei in einer solchen Konstellation 'punkten' kann. Streit in der Sache kann sehr produktiv sein, wenn er nicht einfach als parteipolitische Spiegelfechtereie daherkommt, sondern die Lösung des Problems zum Ziel hat.

Für die DIE LINKE als die am weitesten links stehende Kraft gilt in einem möglichen Bündnis die ganz banale Wahrheit: Die meisten Entscheidungen, die sie in der Regierung gemeinsam mit anderen Parteien trifft, sind Bewegungen nach rechts. Diese Tatsache dieser Meistens-nach-rechts-Kompromisse muss offen in Partei und Fraktion reflektiert werden – ansonsten sind Frustrationen und Verratsvorwürfe in den eigenen Reihen vorprogrammiert. Dass Kompromisse für die anderen Partner meistens Bewegung nach links bedeuten, hört sich nach einer Binsenweisheit an, ist aber wichtig, sich immer wieder vor Augen zu führen.

Auch gibt es eine Reihe politischer Akteure in Berlin, die nicht geringe Hoffnungen in einen Regierungspart der LINKEN setzen. Sie haben zwar keine formalen Rechte, wie sie Parteien und Fraktionen besitzen, wenn es um das Ob und die Inhalte einer Regierungsbeteiligung geht, aber sie repräsentieren wichtige politische und gesellschaftliche Gruppen, mit denen wir im Gespräch bleiben wollen und müssen.

Denn obwohl sich Parlament, Regierung und auch die Direkte Demokratie in Form von Volksbegehren und Volksentscheiden im Einzelfall gegen die Macht der Verwertungsinteressen des Kapitals durchsetzen können, bleiben die ökonomischen Machtverhältnisse insbesondere durch Landespolitik im Grundsatz unberührt.

Für den Dialog mit der Öffentlichkeit werden wir nicht nur auf die exklusiven Kontakte von politischen Gruppen zur LINKEN setzen können. Aus unserer Sicht wäre das für eine Regierungspartei auch zu wenig. Um in der Sache etwas zu erreichen, braucht es den Dialog in öffentlichen Formaten, in die auch die jeweils zuständigen Partner der Koalition eingebunden sind.

## **Gemeinsam für Berlin**

Um nicht allzu sehr zu träumen: Alle Selbstverpflichtung wird natürlich die über Jahrzehnte eingeübten Muster und Rituale des bundesrepublikanischen Parteiensystem nicht einfach überwinden. Wir wollen und werden die Probleme nicht kleinreden, die mit einer Koalition aus SPD, Grünen und Linken einhergehen können. Aber es ist uns wichtig zu sagen, dass wir davon überzeugt sind, dass eine andere, gemeinsame Politik in der Stadt möglich ist. Schon die Voraussetzungen dafür schaffen zu können, wäre ein Fortschritt gegen die vom nicht konstruktiven Parteienstreit wesentlich mitverursachte Politikverdrossenheit.

In Berlin hat sich in den vergangenen Jahren in immer schnellerem Tempo eine pluralistische, vielfältige und sich ständig verändernde Stadtgesellschaft entwickelt, mit einer wachsenden Anzahl an Interessen und Interessensgruppen und unterschiedlichsten Bedürfnissen. Etliche Probleme haben sich verschärft, neue sind hinzugekommen, die Bürgerinnen und Bürger sind selbstbewusster und selbstbestimmter geworden, die sozialen Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen gewachsen, aber auch zivilgesellschaftliches Engagement und Eigeninitiative, wobei die Engagierten immer stärker mehr und bessere Beteiligungsformen an Politik einfordern. Es wäre gut, diesen Pluralismus und die Vielfalt der Ideen und Vorstellungen von der Stadt und für die Stadt endlich auch da abzubilden, wo regiert wird. Rot-Rot-Grün kann dafür ein guter Anfang sein.

Gut, weil eine große Koalition abgelöst wird, in der der Kompromiss immer zwei am weitesten voneinander entfernte Punkte verbinden musste.

Gut, weil er drei Parteien in einer Koalition vereint, die vielfach ein gemeinsames Verständnis von der Stadt Berlin haben und auch davon, welche Probleme es am dringlichsten zu lösen gilt.

Gut, weil die Möglichkeit für einen neuen Politikstil eröffnet wird, der sich nicht nur auf der parlamentarischen Bühne inszeniert, sondern im politischen Alltag gelebt wird. Grundsätzlich, davon sind wir überzeugt, wird es Berlin gut tun, wenn sich Vielfalt und Pluralismus, die Fähigkeit, miteinander und nicht gegeneinander zu agieren, auch in einer neu gewählten Regierung abbilden.

In unseren Augen ist Rot-Rot-Grün deshalb nicht die beste aller schlechten, sondern kann eine gute Lösung werden und viel mehr als ein CDU-Verhinderungsbündnis sein.

Ermutigt hat uns das Beispiel Thüringens, wo mit R2G und Bodo Ramelow bewiesen wird, dass eine Dreierkonstellation mitnichten zu Chaos, sondern zu Bewegung und Entwicklung führt. Ein neuer Politikstil ist sicher für alle Beteiligten anstrengend. Für die Bürgerinnen und Bürger aber wäre er ein Gewinn. Und das ist es, was nach dem 18. September zählt.

Berlin, 15. August 2016